

EUROPÄISCHE RUND- SCHAU

Vierteljahreszeitschrift
für Politik, Wirtschaft
und Zeitgeschichte

37. Jahrgang € 8,-

WEICHENSTELLUNGEN FÜR EUROPA

Ursula Plassnik, Michael Stürmer, Daniel Vernet

SUCHE NACH AUSWEG AUS DER KRISE

Hannes Androsch, Tamás Bauer, Franjo Štiblar

János Kornai

Melanie Sully

Andrej Capuder

Marx heute

Das Schwarze Meer

Fragezeichen Balkan

Weitere Beiträge von Ralf Altenhof, Barbara Coudenhove-Kalergi, Barbara Frischmuth, Marta S. Halpert, Georg Hoffmann-Ostenhof, Konrad Paul Liessmann, Sylvia M. Patsch, Manfred Scheuch, Walter Schilling, Klaus Schrameyer, Rudolf Taschner, Engelbert Washietl

2009/1

Der Krise gemeinsam gegensteuern!

Hannes Androsch

Vor 20 Jahren ging mit dem Zerreißen des »Eisernen Vorhangs«, dem Fall der Berliner Mauer und der Implosion der ehemaligen Supermacht Sowjetunion samt ihrem Imperium eine Ära zu Ende. Das Jahr 1989, das für das Ende des Kalten Kriegs, der weitgehend friedlichen Wiedererlangung der Unabhängigkeit der Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas sowie der Wiedervereinigung Deutschlands steht, wurde deshalb auch als »*annus mirabilis*« bezeichnet. Die damals erwartete neue Weltordnung ist aber nicht entstanden.

Die Überwindung der alten bipolaren Weltordnung brachte vielmehr auch alte Dämonen der Geschichte wieder ans Licht, wovon die kriegerischen Konflikte der neuen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und im ehemaligen Jugoslawien trauriges Zeugnis geben. Hingegen erfolgte die Auflösung der Tschechoslowakei und die Gründung der beiden Staaten Tschechien und Slowakei zum 31. Dezember 1992 auf friedlichem Verhandlungsweg.

Das ausgehende letzte Jahrhundert stellt auch insofern eine Epochenäsur dar, als nicht nur die Länder der ehemaligen Sowjetunion, sondern auch China und Indien, die mit ihrer selbstgewählten Isolation brachen, in die Weltwirtschaft und damit auf die Bühne der Weltpolitik zurückgekehrt sind. Dies ist auch Hauptgegenstand der Globalisierung. Dadurch ist der Weltarbeitsmarkt von 1,5 Milliarden auf 3 Milliarden Menschen angewachsen. In Verbindung mit den revolutionären technologischen Veränderungen vor allem auf dem Kommunikations- und Informationssektor wie Internet und Mobiltelefone bis Google markiert diese Entwicklung auch den Beginn unseres globalen Zeitalters. Dieses brachte für die Menschheit in bislang unbekannter Weise vielfältige neue Verflechtungen, aber auch Abhängigkeiten mit sich, wie nunmehr die Finanz- und Wirtschaftskrise augenscheinlich werden läßt.

So sind von dieser Krise praktisch alle Staaten der Welt mehr oder weniger stark betroffen. Ebenso wie die Bekämpfung der Ursachen wird auch die Bewältigung der Krise nur dann möglich sein, wenn die einzelnen Staaten neben eigenen Maßnahmen vor allem gemeinsame Schritte setzten. Versuche einer protektionistischen Abkoppe-

lung nach dem Motto »Rette sich, wer kann« sind von vornherein zum Scheitern verurteilt und würden letztlich die Krise nur noch verschlimmern. Die gemeinsame Währungszone hat seit Ausbruch der Krise als wichtiger Schutzschild gewirkt, wie etwa der 40prozentige Verfall des Britischen Pfunds zeigte. Die gemeinsame Währungszone hat die EU nach den USA zum bedeutendsten Wirtschaftsraum und den Euro neben dem US-Dollar zur zweiten Weltwährung werden lassen. Die Divergenz, daß die EU wirtschaftlich ein Riese geworden, politisch aber ein Zwerg geblieben ist, zeigt sich auch jetzt in der Krisenbekämpfung als Manko. Diese wird nur dann Erfolg zeitigen, wenn möglichst rasch gemeinsame Lösungswege gefunden werden können, die auch die neuen und zukünftigen EU-Mitgliedsländer einbinden und dabei unterstützen. Die EU darf gerade jetzt nicht versagen!

Die Transformation der ehemaligen Ostblockstaaten von Plan- in Marktwirtschaften stellte ein noch nie dagewesenes Experiment mit weitreichender Bedeutung dar. Bekanntlich wird aus einem Hengst schneller ein Wallach und aus einem Aquarium eine Fischsuppe als umgekehrt. Der deutsche Altkanzler Helmut Schmidt hat die Dauer der Transformation einmal mit einer Nacht, neun Monaten und 40 Jahren veranschlagt. Die bisherigen Auswirkungen der aktuellen Weltkrise zeigen, daß er ungeachtet der beeindruckenden Leistungen zahlreicher neuer EU-Mitgliedstaaten insgesamt recht hatte, auch wenn man den Sonderfall der Eingliederung der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik außen vor läßt, deren Kosten laut dem ehemals für den Aufbau Ost zuständigen Bundesminister Manfred Stolpe mehr als 500 Milliarden Euro und nach anderen Einschätzungen bis zu 1,2 Billionen Euro betrug.

Vielfach wurde der Marshallplan, dessen Umsetzung zum Wiederaufbau Westeuropas unter Obhut der 1948 gegründeten OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) erfolgte, als Orientierungsstütze für die marktwirtschaftliche Transformationsaufgabe ins Treffen geführt. Allerdings herrschten bei der Umsetzung der Marshallplanhilfe ganz andere Voraussetzungen, da damals in den vom Krieg zerstörten Gebieten in Europa die institutionellen und administrativen Strukturen noch intakt waren und bald wieder Rechts- und Vertragssicherheit bestand. Bildlich gesprochen war der Motor vorhanden und es bedurfte nur des Treibstoffs, um diesen wieder zum Laufen zu bringen. Bei der Transformation der CEE-(*Central and Eastern Europe*-)Länder ab 1990 herrschten demgegenüber gänzlich andere Bedingungen vor. Viele der für das Funktionieren einer Marktwirtschaft notwendigen Voraussetzungen sind bis heute noch nicht ausreichend vorhanden. Das erschreckende Ausmaß der Korruption in einigen Ländern ist ein besonders signifikantes Beispiel für mangelhafte Rahmenbedingungen. Zudem erfolgte die Umstellung von der plan- in eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung nicht behutsam und ausgewogen, sondern radikal in Form von Schocktherapien, wie etwa durch den Versuch der »Marktwirtschaft in 500 Tagen« in Rußland. Hinter diesen untauglichen Schocktherapien stand die angloamerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsideologie eines geradezu religiösen Marktfundamentalismus. Dies führte weltweit zu einem Casinokapitalismus, der nach dem Scheitern in seinen westlichen Hochburgen ein abgrundtiefes Desaster im Bereich der Weltfinanzen und der Weltwirtschaft nach sich zieht. Die Ironie der Geschichte ist, daß 20 Jahre nach 1989 nun dieses kapitalistische System implodiert ist und die Weltfinanzen und die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds gebracht hat.

Rußland in die Krise privatisiert

Wichtigstes Kernelement der Schocktherapie war eine möglichst rasche Privatisierung. Diese bewirkte eine dünne Oligarchenstruktur mit unvorstellbar neuem Reichtum, während es den meisten Menschen in der Folge schlechter ging als je zuvor. Gegenüber dem Primat der Privatisierung wurde der Schaffung von notwendigen Institutionen und verlässlichen Rahmenbedingungen mit Rechts- und Vertragssicherheit viel zu wenig Augenmerk geschenkt, was auch für den Aufbau eines die Härten der Transformation abfedernden Sozialsystems gilt. Eine weitere Auswirkung der Schocktherapie war die Zerstörung eines großen Teils der industriellen Basis. Diese Politik zog sich über die neuen Bundesländer in Deutschland bis hin nach Rußland, wo sich in den 90iger Jahren die industrielle Basis halbierte. Die Zerstörungen während des Zweiten Weltkrieges vernichteten vergleichsweise »nur« ein Viertel der Industrie. Das Ergebnis: 1990 betrug die Wirtschaftsleistung von China 24% des Wertes von Rußland. 2000 war es 65% und im Jahr 2008 bereits 80%.

Unter diesen Umständen ist Rußland mit einer deutlich sinkenden Gesamtbevölkerung wirtschaftlich längst vom Öl- und Erdgaspreis abhängig und somit von der jetzigen Krise in besonders hohem Ausmaß betroffen. Nicht nur die CIS-Staaten (*Cooperation of Independent States*), auch die CEE-Staaten sind trotz der massiven ausländischen Direktinvestitionen, wenngleich auch in unterschiedlichem Ausmaß, von der globalen Krise betroffen. Diese Auswirkungen spürt auch Österreich, das von der Ostöffnung und der Osterweiterung zwar in besonderer Weise, aber nicht alleine profitiert hat, jetzt aber vom Abschwung Ost besonders betroffen ist.

Österreich hat beim Aufbau der Märkte in den ost- und südosteuropäischen Staaten eine wichtige Schlüsselrolle in Form von Direktinvestitionen und dem Aufbau eines modernen Banken- und Versicherungswesens übernommen. Noch bis vor kurzem galten in Osteuropa engagierte österreichische Unternehmen aufgrund ihrer erfolgreichen Marktpräsenz und ihrer Erfahrung für westliche Mitbewerber als interessante geschäftliche Kooperationspartner oder sogar Kauf- bzw. Übernahmekandidaten.

Seit der Wende flossen allein an ausländischen Direktinvestitionen mehr als 400 Milliarden Euro in die zehn neuen Mitgliedsländer der EU, wovon rund acht Prozent auf Österreich und rund 13 Prozent auf Deutschland entfielen. Damit hat Österreich, gemessen an der Größe seiner Volkswirtschaft, die wirtschaftliche Transformation in Osteuropa im Vergleich zu anderen westlichen Staaten in einem überproportional hohen Ausmaß unterstützt. Ebenso hat Österreich mit seinem an den Tag gelegten Engagement auch im gesamteuropäischen Interesse einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Region und deren Arbeitsmarkt geleistet. Auch das hohe *Exposure* der drei größten österreichischen Banken in den osteuropäischen Nachbarstaaten ist in diesem Kontext zu sehen. Ihr Engagement in diesen Ländern in der Höhe von fast 230 Milliarden Euro entspricht etwa 70 Prozent der Wirtschaftsleistung unseres Landes. Dementsprechend groß ist das Risiko, weswegen der österreichische Staat bei seiner Kreditaufnahme inzwischen deutlich höhere Sätze bezahlen muß. So sind die Zinsaufschläge für unser Land binnen kurzer Zeit von 10 auf über 100 Basispunkte gestiegen! Ein Ausfall von nur zehn Prozent des Ost-Exposures österreichischer Banken hätte für die österreichische Wirtschaft nicht geringe Folgen: 10% Abschreibungen wären unangenehm, aber verkraftbar. Dennoch sollte man danach trachten, dies zu

vermeiden. Deshalb ist es dringend notwendig, die Banken (und nicht die Banker) zu stützen beziehungsweise zu retten.

Insgesamt gesehen entfallen 80 Prozent des Engagements von ausländischen Banken in den mittel-, südost- und osteuropäischen Staaten auf andere EU-Länder. Somit kann das dortige Bankenproblem nicht einfach Österreich oder Schweden überlassen werden, sondern dies ist sehr wohl ein EU-weites Problem, worauf die Weltbank nachdrücklich verweist.

Vordringliche gemeinsame Aufgabe der EU

Dazu kommt, daß nicht nur Österreich aus der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit Osteuropa inzwischen beträchtlichen Nutzen zieht, wie der Handelsbilanzüberschuß des Euroraumes gegenüber den neuen EU-Mitgliedsländern mit über 60 Milliarden Euro verdeutlicht. Davon entfallen rund 6 Milliarden Euro auf Österreich, aber 19,5 Milliarden Euro auf Deutschland, das der größte Exporteur in diese Region ist. Daher ist es eine dringende gemeinsame Aufgabe der EU, gemeinsam mit internationalen Institutionen wie IWF, Weltbank oder EBRD ein gesamthaftes Stabilisierungskonzept etwa in Form eines zeitgemäßen neuen Marshallplans für die Staaten im östlichen Teil Europas zu erstellen, um vor allem einen Dominoeffekt zu vermeiden. Ein solcher würde nämlich nicht nur für Österreich, wie in manchen Medien plakativ überschrieben, ein »wirtschaftliches Stalingrad« bedeuten. Um ein solches Schreckensszenario zu vermeiden, ist es aber ebenso hoch an der Zeit, anstelle nationaler Rettungsprogramme eine EU-weite Bankenstabilisierung vorzunehmen. Die Gelassenheit, die der tschechische EU-Ratsvorsitzende bislang gegenüber der Krise zeigte, kann angesichts der immer dramatischer werdenden Auswirkungen wohl nur mit Unverständnis quittiert werden. Je länger gewartet wird, desto teurer kommt die Krise am Ende alle zu stehen. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Firmenpleiten bedeuten zudem auch sinkende Staatseinnahmen. Eine ausgeglichene »Budget-Mania«, wie sie von US-Präsident Hoover und dem deutschen Reichskanzler Brüning in den dreißiger Jahren vertreten wurde, hat direkt zu Hitler und in den Zweiten Weltkrieg geführt. So viel zum verqueren Euphemismus des Verständnisses von Krise als Zukunftschance.

Sollte der Absturz in die Hölle noch vermieden werden, ist vielmehr weit energischeres Handeln zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Belebung der Konjunktur dringend notwendig, wobei die globalen Verflechtungen auch einer vermehrten Zusammenarbeit bedingen. Frühere wirtschaftliche Einbrüche waren zumeist auf einzelne Länder oder Regionen beschränkt und die betroffenen Volkswirtschaften konnten sich etwa durch florierende Exporte in finanzstarke Nachbargebiete relativ rasch erholen. In einer von der Krise erfaßten Welt, die selbst die als die Märkte der Zukunft geltenden Schwellenländer China und Indien erfaßt hat, ist dies nicht möglich. Auch deshalb ist bei der Krisenbekämpfung vermehrte Zusammenarbeit das Gebot der Stunde, wobei G-20-Gipfel kein Handlungersatz für eigene EU-Maßnahmen sein können.

Die Krise trifft vor allem jene Staaten besonders hart, deren Wirtschaft stark exportorientiert oder im besonderen Maße von den Rohstoffpreisen abhängig sind, wie etwa Rußland. Wie schwer Rußland mittlerweile von der Krise erfaßt wurde, zeigt der Rückgang der Industrieproduktion im Jänner 2009 um 20 Prozent. Wie sehr die Ent-

wicklung des Ölpreises auch die politische Lage Rußlands beeinflusst, läßt sich an der bitteren Bemerkung Gorbatschows ablesen, daß die Perestrojka nicht gescheitert wäre, hätte er über einen ebenso hohen Ölpreis verfügt wie später jahrelang Putin. Mittlerweile ist der Ölpreis von einem Höchstwert von 147 US-Dollar pro Faß auf nicht einmal 40 US-Dollar abgestürzt.

Erschüttertes Vertrauen zu USA

Demgegenüber werden die USA, wenngleich durch die Krise ebenfalls geschwächt, aufgrund ihres großen Binnenmarktes mit einem geringen Außenhandelsanteil auf absehbare Zeit weiterhin die größte und leistungsfähigste Wirtschaft bleiben. Amerikanischer Triumphalismus wäre aber alles andere als angebracht, hat dieser doch in unheilvoller Verbindung mit ideologischer Überheblichkeit und dem hegemonialen Unilateralismus-Bestreben der Bush-Administration der Welt statt Frieden neue kriegerische Konflikte in Afghanistan und im Nahen Osten beschert. Auch die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise nahm ihren Ausgang in den USA, deren letzte Präsidentschaft dem Wirtschaftsmodell des Neoliberalismus huldigte und zudem wichtige staatliche Kontrollfunktionen vernachlässigte.

Das junge 21. Jahrhundert verfügt mit 9/11 nicht nur über eine politische, sondern mit dem 15. September 2008 auch über eine wirtschaftliche Katastrophenmetapher. An diesem Tag schickten die USA in einer gegenüber der Welt verantwortungslosen Aktion die Investmentbank Lehman Brothers in den Konkurs. Dies erschütterte weltweit das gegenseitige Vertrauen der Banken und brachte ähnlich einem E-Werk, das plötzlich keinen Strom mehr produziert, die Kreditmärkte und den Finanzkreislauf zum Erliegen. Die Krise der Finanzwirtschaft erfaßte bald darauf im globalen Maßstab die Realwirtschaft.

Ursache der Krise ist die durch ein niedriges Kreditzinsniveau genährte Immobilienspekulation in den USA, der durch die Ideologisierung von Hauseigentum durch George W. Bush im Wahlkampfjahr 2004 Vorschub geleistet wurde: Jeder Amerikaner sollte sein Eigenheim haben. So wurden nicht nur Hypothekarkredite bis zu 100 Prozent des Kaufpreises gewährt, sondern darüber hinaus auch auf die spekulative Wertsteigerung der Häuser zusätzlich noch Hypothekarkredite, sogenannte »*Home Equity Loans*«, vergeben. Viele US-Bürger begannen von den steigenden Hauspreisen zu leben, indem sie zusätzliche Hypothekarkredite aufnahmen, um ihre Konsumausgaben zu finanzieren. In dieser Phase rutschte auch die Sparquote der privaten Haushalte ins Minus. Letztlich unterstützte die USA mit der Politik des »billigen Geldes« in riesigen Mengen eine Immobilieninflation. Dazu kam, daß nicht nur die Bürger auf Pump lebten, sondern auch die Regierung, die damit vor allem unnötige Kriege finanzierte.

Nicht nur in den USA, auch in Großbritannien und in Spanien kam es zu starken Übertreibungen auf dem Immobilienmarkt. Ab 2005 hat sich dann der Trend beschleunigt, Kreditforderungen zu verbrieften und auszulagern und als neu strukturierte Finanzprodukte rund um den Globus zu verkaufen. Als die Immobilienpreise 2007 wieder fielen, begann das Kartenhaus dieser »*Ponzi-Pyramide*« in sich zusammenzufallen.

Der reale Verlust, der durch die Subprime-Krise ausgelöst wurde, wird inzwischen auf 5.000 Milliarden US-Dollar, der virtuelle Verlust, der alleine an den Börsen ent-

stand, auf das Sechsfache – auf etwa 30.000 Mrd. US-Dollar geschätzt. Den 500 Billionen US-Dollar an Derivaten stehen 50 Billionen US-Dollar Welt-Bruttosozialprodukt und 10 Billionen US-Dollar Welthandel gegenüber. Zehn beziehungsweise zwei Prozent dieser astronomischen Summen hätten ausgereicht, Produktion und Handel der gesamten Welt zu finanzieren. Der Überschuß galt aber dem irrwitzigen Versuch, Geld mit Geld zu verdienen statt mit Arbeit (Wilhelm Hankel, *Frankfurter Rundschau*, 25. 10. 2008). Die selbstgeschaffene Kreditmaschine hat nicht nur die Bankenwelt um ihren Verstand gebracht. Wohl gab es auch zahlreiche Mahner, die den Irrwitz dieser Entwicklung aufzeigten. Diesen wurde aber kaum Gehör geschenkt und die selbsternannten »Masters of the Universe« hielten sogar wider besseres Wissen weiter an ihrer unheilbringenden Geld- und Finanzpolitik fest, womit sie erst recht die Büchse der Pandora öffneten.

Finanzkrisen sind vermeidbar

Finanzkrisen sind keine Naturkatastrophen, sondern seit jeher Folgen von Fehlern im Finanzsystem und daher vermeidbar. Der Glaube, daß Wirtschaftskrisen die Welt verbessern, ist daher eine irriige und abwegige Annahme. Die getrennte Kontrolle von Geld und Kredit ist der älteste Konstruktionsfehler im Finanzsystem. Schon König Midas erkannte im siebten Jahrhundert vor Christus, daß sich aus einem begrenzten Vorrat an Münzmetall weit mehr Münzen schlagen ließen, wenn man den Metallgehalt pro Münze kräftig herabsetzt und Goethe hat in *Faust II* bereits das Unheil beschrieben, das ein ungezügelter Druck von Papiergeld nach sich zieht. Auch die jüngste Finanzkrise hat ihre Wurzel in dem Versuch, Geld aus Krediten zu schöpfen. Vorrangige Aufgabe muß daher sein, der leidvollen Geschichte der Finanzkrisen aus dem als Geldfortschritt getarnten Kreditbetrug ein Ende zu setzen, indem das globale Kreditgeschäft der Banken an dieselbe Kette gelegt wird wie das nationale. Nicht von ungefähr hat Helmut Schmidt in einem Artikel (*»Die Zeit«*, 15. 1. 2009) sechs Schritte zur Eindämmung der Spekulation gefordert und aufgrund des Handlungsdrucks angeregt, daß die Staaten, die sich zur gemeinsamen Euro-Währung zusammengeschlossen haben, nicht auf internationale Übereinkünfte warten, sondern zunächst alleine vorgehen sollten.

Ein Rückblick auf die Geschichte der Finanzkrisen zeigt, daß diese stets langwierige negative Auswirkungen hatten. Der renommierte, an der Harvard-Universität lehrende Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson spricht bereits von einem »verlorenen Jahrzehnt, das uns bevorsteht«. Vielfach werden bereits Vergleiche zur großen Depression in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts gezogen. Der US-Geheimdienst hält die globale Wirtschaftskrise laut einem im Februar 2009 veröffentlichten Jahresbericht an den Kongreß in Washington für die größte Bedrohung für den Weltfrieden. Bei Fortbestehen der Krise für die Dauer von ein bis zwei Jahren besteht demnach die Gefahr der Instabilität vor allem in jenen Staaten, die nicht ausreichend für die Bewältigung der Krise gerüstet sind, wie in den Ländern der früheren Sowjetunion, Afrikas und Lateinamerikas.

Die alle bisherigen Erfahrungen in den Schatten stellende Wirtschaftskrise ist auch ein traumatischer Abgesang auf den Neoliberalismus und eine primitive wirtschaftspolitische Denkschule der alleinigen Selbstregulierungs- und Selbstheilungskräfte des Marktes, die den Staat in den letzten dreißig Jahren zum »dummen August« (Peter

Sloterdijk) verkommen ließen. Es mag als traurige Ironie des Schicksals gelten, daß ehemals führende Verfechter des Neoliberalismus mittlerweile zu staatlichen Bittstellern wurden und Alan Greenspan lapidar erklärte, er hätte »sich geirrt« – ein fataler Irrtum, Nemesis folgte Hybris auf dem Fuß. Mittlerweile sind aufgrund des weltweiten Einbruchs der Nachfrage der Welthandel und die globale Industrieproduktion um jeweils 20 Prozent zurückgegangen.

Keynes neu interpretieren

Mittlerweile gewinnt auch die keynesianische Wirtschaftstheorie wieder an Bedeutung. Damit soll nicht einem »Vulgär-Keynesianismus« das Wort geredet werden, sondern vielmehr einer intelligenten Interpretation seiner Theorie in Form eines den Erfordernissen unserer Zeit entsprechenden pragmatischen *Policy-Mix* einer ebenso angebots- wie nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Eine mehrjährige Periode hoher Staatsdefizite wird unvermeidbar sein, von der Struktur der Ausgaben wird allerdings abhängen, ob ein Land bzw. die EU nach der Krise zukunftsstark sein wird. Daher ist es jetzt ein Gebot der Stunde, vermehrt in Bildung, Forschung, Innovation und Modernisierung der Infrastruktur und damit sinnvoll in die Zukunft zu investieren.

Europa, dessen bedeutsame Volkswirtschaften weit stärker von den Weltmärkten abhängig sind als die USA, droht die Gefahr, sich selbst zu marginalisieren, wenn es nicht gelingt, die wirkungsvolle Bekämpfung der Krise in den Fokus des gemeinsamen Interesses zu stellen. Dabei ist ein Schulterschuß mit den neuen und künftigen EU-Mitgliedern unabdingbar. Die CEE-Länder, deren Wirtschaftsraum ohne die CIS-Staaten (Rußland, Ukraine, Moldawien und Weißrußland) 1,342.363 qkm und fast 125 Millionen Einwohner umfaßt, haben noch einen großen Transformations- und Nachholbedarf. Eine vermehrte Unterstützung durch die EU, wie von der Weltbank empfohlen, würde nicht nur zur Stabilisierung dieser Länder, sondern auch zur Konjunkturstützung in der gesamten EU beitragen und Schutz vor einem drohenden Dominoeffekt bieten. Ein solches Stützungsprogramm der EU als international konzertierte Aktion, wie es aus guten Gründen auch von Weltbank-Präsident Robert Zoellick empfohlen wird, ist letztlich nicht nur im wirtschaftlichen Interesse der EU. Auch aus geostrategischer Sicht ist eine solche Politik wichtig, wenn sich demokratische Strukturen weiter verfestigen sollen und es zu keiner Aufweichung der politischen Stabilität in den CEE-Staaten mit unabsehbaren Folgen kommen soll. Die asiatischen Staaten haben nicht zuletzt aufgrund politischer Stabilitätsüberlegungen ein Liquiditätsstützungsprogramm für ihre Region in Höhe von 120 Mrd. US-Dollar beschlossen. Die EU aber hinkt mit ihrem eigenbrötlerischen Verhalten und der Souveränitätsillusion vor allem auch ihrer großen Mitglieder erneut der Entwicklung nach.

Die Zukunft Europas wird vor allem davon abhängen, ob der Ruf aus der Hölle vernommen und der Krise mit vereinter Kraft gegengesteuert wird oder nicht. Daher brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Europa!